Pfund's Condensirte Milch in Dosen, ohne Zucker und Zusatz

Beste Kindernahrung, als Kaffeesahne billig und bequem.

Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang. Aufl. 56,000 Stück.

Dresden, 1893.

Julius Beutler, Dresden, Wallstr. 15, empfiehlt in grösster Auswahl: Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Landwirthschafts-Geräthe.

Mode-waaren für Herren. Remke & Scheffler 11 Pragerstrasse 11. Feinere Hemden nach Maass.

Maskeradeschmuck, Colliers, Armbänder, Orden, Diadems, Kronen, Gürtel mit und ohne Münzen und Steinen, sowie Gold- und Silberbesatz. Grösste Auswahl in allen Preislagen. Alfred Ulbrich, 10 Wallstr.-Antonsplatz 10.

Curt Heinsius, Dresden-N., Tieckstr. 27. Kostenfreie Probe. Geräuschlose Thürschliesser mit doppelter Luftentleerung. Gewalts-Schliessen unschädlich. Mehrjährige Garantie. 8 Mal prämiirt. — Fernspr. Amt II, 2100. — 60,000 St. in Function.

en gros Tuchwaaren en detail. Hochfeine wollschwarze Tuche, Satins und Croisés zu d. Ballanzügen. Muster franco. Pörschel & Schneider. Scheffelstrasse 19 (I.), Ranchhaus.

Herren-Artikel. | Robert Kunze. | **Lederwaaren** | Altmarkt (Rathhaus). | **Reise-Artikel.**

Nr. 17. Spiegel: Prinz Georg Ferdinand, Panamaskandal und Republik. Taufe des Prinzen, Heimnachrichten, Loschwitz-Weißer Hirsch, Miethbewohnerverein, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte. Otto Alvsleben †, Herr von Bersall. | **Dienstag, 17. Januar.**

Prinz Georg Ferdinand!

Weithin in's Sachsenland hinein trug gestern Morgen der Donner der Geschütze die Kunde, daß ein neues Reis emporgesprossen sei auf dem uralt-kräftigen Stamme der Wettiner, daß dem hohen Paare, das einst die Königskrone tragen soll, ein **junger Prinz geboren!** Hohe Freude ist eingezogen in das Haus unseres geliebten Herrschers, sie ist auch eingezogen in die treuen Herzen eines Volkes, das in Freud und Leid zu seinem Königshause steht. Ein sinniger Dichter hat einmal gesagt: „Ein Kind ist sichtbar gewordene Liebe" — die Geburt des jugendlichen Prinzen ist ein lebendiges Zeichen dafür, daß in unserem Königshause jenes heilige Gefühl eine sichere Stätte besitzt, das allein das echte Glück des Hohen wie des Niederen verbürgt: die Liebe. Mit dem jugendlichen Sprossen aber zieht ein neuer Bürge häuslichen Glückes in die Räume des Schlosses, eines Glückes, das nirgend schöner wiederleuchtet als in den Augen der jungen Mutter. Wohl mögen sich schicksalschwere Fragen auch an der Wiege dieses Kindes erheben: Wird seine Zukunft immer heiter sein, wird es dereinst berufen sein, das Sachsenvolk nur durch Wogen des Glückes zu führen? Aber heute, in dem Gefühl der vollen Freude, in dem Dank, daß das Hoffen unseres Volkes erfüllt ist, schweigt der Ernst und alle Sorge: Heut' darf nur der Jubel herrschen in Sachsens Grenzen und auch weithin im deutschen Vaterlande, dessen Geschicke dereinst dies Kind mitzubestimmen berufen ist. Ueber die Wiege beugt sich heute mit zärtlichem Blick das hohe Paar, das Sachsens Krone trägt, und mit ihm der erlauchte Großvater. Neben ihnen aber steht unsichtbar, doch gerade und fest und sicher wie ein Felsen der alte Sachsengeist, Treue gelobend dem künftigen Erben des Hauses Wettin und Heil und Segen flehend auf das Haupt des jungen Elternpaares!

Politisches.

Die Katastrophe rückt in Frankreich immer näher. Bis zu den Fenstern des Elysée empor dem Präsidenten Carnot in's Antlitz spritzt bereits der Schmutz des Panama-Skandals. Das letzte Hinderniß vor dem Ziel, vor dem Umsturz der Verfassung, das die Feinde der Republik seit Jahren zu erreichen trachten, vor dem großen Kladderadatsch, den die Sozialisten und Anarchisten ersehnen, ist damit erreicht. Carnot ist die letzte Säule der Republik, die bisher noch unerschütterte Autorität des gegenwärtigen Regierungssystems.

Ein Symptom dafür, in welchem Maße bereits das Vertrauen zu der bestehenden Ordnung erschüttert ist, liegt in der Thatsache, daß die kleinen Depotgläubiger ihre Gelder aus den öffentlichen Sparkassen zurückziehen und die Bank von Frankreich genöthigt ist, in klingender Münze zu zahlen, da ihr Notenumlauf das gesetzlich vorgeschriebene Maximum von 3500 Millionen erreicht hat. Der Kredit im Innern wie nach Außen ist erschüttert. Das schwindelhafte Coursgebäude an der Pariser Börse droht zusammenzustürzen. Das allgemeine Mißtrauen hat sich nun auch Carnot's bemächtigt. Bezeichnend ist ein Artikel des „Figaro", jenes Blattes, welches regelmäßig die sensationellen Ereignisse der letzten Wochen einzuleiten pflegte. Der „Figaro" fordert Carnot auf, seinen Platz zu räumen, so lange er noch einen guten Abgang haben könne. Man würde einen solchen Entschluß als großmüthigen und geschickten Zug beifälligst begrüßen, einen neuen Präsidenten, vielleicht einen General wählen, und dieser würde zur Auflösung der Kammer schreiten, sodaß im Frühjahr die Republik nach Ausscheidung der faulen Elemente wieder gesund und kräftig zur Bekämpfung ihrer Gegner bereit stände. Der Schatten des Verdachtes ist auf Carnot gefallen, daß er seit lange die Fäulniß rings um ihn her gekannt, daß er aber geschwiegen hat, weil er mit dem Eintritt des Bankerotts des herrschenden Regimes sein Amt zu verlieren fürchtete. Carnot hat Jahre lang mit jenen Männern regiert, die jetzt Einer nach dem Anderen moralisch guillotinirt worden sind. Sechs Minister und einen Kammerpräsidenten hat der Panama-Skandal bereits in seinen unergründlichen Schlund hinabgezogen. Mehrere Ministerkrisen hat er herbeigeführt. Jetzt scheint sich zu der schier unlösbaren Parlaments- und Regierungskrisis auch eine Präsidentschaftskrisis zu gesellen. Carnot wird jetzt nur noch von den opportunistischen Republikanern unterstützt. Rafft er sich nicht zu ungeahnter Energie auf, so wird auch er wie ein Floquet, Ribot und Freycinet das Feld räumen müssen. Aber es fehlt ihm, wie es scheint, der Muth, das ganze Staatswesen einer Radikalkur zu unterwerfen. Der erste Entschluß, zu dem er sich ermannen müßte, wäre die Auflösung der Kammer, die längst alles Ansehen im Lande verloren hat. Fällt Carnot, so stände Frankreich vor der Lösung der ganzen Krisis. Denn die meisten Größen der Republik liegen zerschmettert am Boden, und von Denen, deren Ehre noch nicht angetastet ist, erscheint Keiner befähigt, der Lebensretter der Republik zu werden. Mit Carnot's Rücktritte oder Sturze dürfte die Hinrichtung der Republik vollzogen sein. Es fragt sich nur, wer zuerst die Fahne auf den Trümmern des republikanischen Regiments errichten wird. Bemerkenswerth ist eine Meldung des „Gaulois", wonach der neue Kriegsminister, General Loizillon, bei der Uebernahme seines Portefeuilles in Anwesenheit mehrerer Generale eine Ansprache hielt, in welcher er hervorhob, er habe das Portefeuille übernommen, weil seine Ernennung einem Regime ein Ende mache, das nicht alle erhofften Früchte getragen. Der Name Loizillon ist bisher noch nicht genannt worden. Vielleicht ist dem Nachfolger Freycinet's beschieden, demnächst eine entscheidende Rolle zu spielen.

Vor hundert Jahren begann mit der Hinrichtung König Ludwig's XVI. die Guillotine ihre blutige Arbeit. Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß jetzt am Ende des Jahrhunderts wiederum eine geraume Zeit Massenmord und Schreckensherrschaft ein furchtbares Interregnum führen. Die moralische und politische Köpfung ist in Paris bereits seit Wochen an der Tagesordnung. Es fehlt nur noch, daß die Kopfmaschine wieder wie vor 100 Jahren auf dem Grèveplatz errichtet wird und Verdächtige karrenweise wie damals zum Fallbeil gefahren werden. Eine neue und verstärkte Auflage der Commune würde indeß nur unfehlbar dazu führen, der Militärdiktatur und damit schließlich der Wiederherstellung der Monarchie die Bahn frei zu machen. Eine andere Lösung der ganzen Krisis ist kaum zu erwarten. Denn von der Arbeiterbevölkerung, dem vierten Stande, wird das Heil der französischen Zukunftsgesellschaft schwerlich ausgehen. Wie der Pariser Berichterstatter der „Kreuzztg." treffend bemerkt, befindet sich der vierte Stand ähnlich wie in Deutschland am Gängelbande von ehrgeizigen, vielfach semitischen Strebern, denen der Sozialismus nur Mittel zum Zweck ist. Aber auch der Klerikalismus wird schwerlich der Retter Frankreichs sein können. Der Papst hat vor wenigen Tagen in einem Briefe an einen französischen Ultramontanen betont, daß er nach wie vor die Republik für die gegenwärtig einzig mögliche Regierungsform Frankreichs halte und vom Zusammengehen der Republik und der Kirche die Beseitigung der selbstsüchtigen Politiker erwarte, welche die gegenwärtigen Wirrungen verschuldet haben. Eine ultramontane Republik in Frankreich erscheint jedoch unmöglich, denn ein Bündniß zwischen dem Papste und den Republikanern, zwischen Katholizismus und Revolution ist unnatürlich und kann nicht auf Bestand rechnen.

Lo—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 16. Januar.

Berlin. Der Reichstag tritt in die erste Berathung der Branntweinsteuer-Novelle ein. — Staatssekretär v. Maltzahn-Gültz tritt der Auslegung einer seiner früheren Aeußerungen entgegen, daß für später eine Steuerreform im großen Stile geplant sei. Eine solche Absicht bestehe nicht. Er habe nur begründen wollen, weshalb mit diesen Vorlagen eine Aenderung der Grundlage der bestehenden Steuergesetze nicht unternommen werde. Ohne das finanzielle Bedürfniß würde die Regierung an die Branntweinsteuer nicht herangetreten sein. Die Vorlage verspreche einen Mehrertrag von 12½ Millionen. Es wäre damit nur der Satz erreicht, auf den man Anfangs bei der jetzigen Branntweinsteuer rechnete. Er bitte nochmals, in seinen Erklärungen keine Hintergedanken zu wittern, er habe dem Reichstage reinen Wein eingeschenkt. — Abg. Siegle (natlib.): Gegen die Militärvorlage, mit der die Steuervorlage zusammenhänge, bestehe in weiten Kreisen lebhafte Verstimmung, die sich nicht gegen den vielfach als berechtigt erkannten Kern der Vorlage, als vielmehr gegen die daraus entstehende Mehrbelastung und die Art und Weise, in welcher die Mittel aufgebracht werden sollen, richtet. Die Steuerbelastung im Deutschen Reiche sei nicht unerträglich, aber die indirekten Steuern beruhten meist auf nothwendigen Lebensmitteln und richteten sich deshalb nicht nach der Leistungsfähigkeit, sondern wirkten als Kopfsteuer, deshalb lehne er auch diese Vorlage ab. — Abg. Dr. Witte (freis.): Das Branntweinsteuergesetz von 1887 müsse einer gründlichen Umarbeitung unterzogen werden. Die Liebesgabe in Höhe von 40 Mill. für die Branntweinbrenner müsse beseitigt werden, damit werde man auch die Mittel zur Durchführung der zweijährigen Dienstzeit ohne jede Steuererhöhung gewinnen. Das 1887er Gesetz befördere die Ueberproduktion, denn es zwänge den Brenner, wenn er Nutzen haben wolle, über das Contingent hinaus zu brennen. Das Brennereigewerbe würde eine ganz andere Entwickelung nehmen, wenn man es sich frei entwickeln ließe. — Bayrischer Finanzminister v. Riedel: Die Bedeutung der Brennerei liege in ihrer Eigenschaft als landwirthschaftliches Nebengewerbe, welches die Fruchtbarung erst ermögliche. Ein Rückgang des Consums sei nicht zu befürchten, da auch aus anderen Gründen ein solcher Rückgang eintreten könne. Bei jeder Branntweinsteuer-Reform müsse das volkswirthschaftliche Interesse in erster Linie stehen, die Contingentirung sei nothwendig gewesen, um einer verheerenden Wirkung der Steuer auf das Brennereigewerbe zu begegnen. Das angebliche Geschenk an die Brenner müßte, wenn es existirte, in den Preisen zum Ausdruck kommen, da hier ja nicht aus der Reichskasse gezahlt werde. Das sei aber nicht der Fall: die sogenannte Liebesgabe bekomme nicht der Brenner, sondern der Consument (Aha! Aha! Links!) — erst ausreden lassen! der Industrielle, der steuerfreien Spiritus verbraucht; der Branntweintrinker müsse etwas mehr bezahlen. Einen wesentlichen Vortheil haben die kleinen und mittleren Brennereien von dem Gesetz gehabt, die bayrischen Brennereien würden der norddeutschen Konkurrenz unterlegen sein, wenn das Gesetz nicht Vorsorge getroffen hatte. Für den Eintritt Süddeutschlands in die Branntweinsteuergemeinschaft seien lediglich politische und patriotische Interessen maßgebend gewesen. In Süddeutschland haben die Brennereien seit 1887 im Vertrauen auf die Stetigkeit der Verhältnisse kostspielige Neueinrichtungen getroffen; wolle man jetzt die Grundlage des Gesetzes ändern und die Steuerdifferenz beseitigen, so würde man zahlreiche Existenzen vernichten, die kleineren und mittleren Brennereien würden zu Grunde gehen, das Großkapital würde sich dieses Gewerbes bemächtigen und die übrig bleibenden Güter in dem Konkurrenzkampfe würden sich durch Stiftung höherer Preise schadlos halten für die Kosten des Vernichtungskampfes. Er bitte, an den Grundlagen des Branntweinsteuergesetzes nicht zu rütteln und diese Vorlage möglichst unverändert anzunehmen. — Staatssekretär v. Maltzahn: Man habe die Vorlage Kalkulatorarbeit genannt, das sei kein Vorwurf, denn bei der rein finanziellen Bedeutung der Vorlage empfahl es sich nicht, grundlegende Aenderungen der Steuergesetze damit zu verbinden. — Königl. württembergischer Gesandter v. Moser tritt den Ausführungen des Abg. Siegle in Bezug auf die Verhältnisse der Brennereien in Süddeutschland und speziell in Württemberg entgegen. — Abg. Holtz (Reichsp.): Die deutsche Landwirthschaft habe in den letzten Jahren mehrere Schläge erhalten: die Preise deckten heute nicht die Produktionskosten, die Wirkung der neuen Handelsverträge ließe sich noch nicht übersehen. Da die Landwirthschaft Noth leide und es im Gewerbe nicht besser stehe, so führe man dies auf die mangelnde Fürsorge seitens der Regierung zurück. Daraus erkläre sich auch die Opposition gegen die Militärvorlage, die sich in den Worten: „Wir können die Lasten nicht tragen", ausspreche. Die Brennerei sei für die Landwirthschaft von größter Bedeutung: sie mache unfruchtbaren Boden nutzbar und erhalte dem Boden seine Kraft. Die Brennerei-Industrie müsse erhalten bleiben, ohne die Contingentirung und Steuerdifferenz wäre die hohe Bedeutung der Brennerei unmöglich. Man solle, nachdem sich die Brennerei mit den neuen Verhältnissen einigermaßen abgefunden, nicht störend eingreifen, andernfalls bleibe nur das Monopol. Redner beantragt die Verweisung der Vorlage an die Militärkommission. — Abg. Frhr. v. Gagern (Centr.) hofft, daß der Reichstag niemals Anträgen zustimmen werde, durch welche die Landwirthschaft, die schon durch die Handelsverträge benachtheiligt würde, noch mehr geschädigt würde. — Abg. Wurm (Soz.) erkennt den volkswirthschaftlichen Nutzen der Brennereien nicht an. Der übermäßige Kartoffelbau in Deutschland verschlechtere die Volksnahrung. Ohne die Kartoffel würde mehr nahrhaftes Brot genossen; die Kartoffel stopfe den Magen voll, ohne dem Menschen das nöthige Quantum an Nährstoff zuzuführen. Die Brennerei trage allerdings zur Verbesserung des Bodens bei, aber davon habe nur der Grundbesitzer Nutzen. Von den Liebesgaben hatten nur die Großbrenner Vortheil; die Behauptung, daß die 40 Mill. den Consumenten von Spiritus zu industriellen Zwecken zu Gute kommen, finde keinerlei Begründung in der Preisbildung. Das bestehende Gesetz verschulde, daß die Nahrung der Menschen schlechter sei als die des Rindviehes und der Schweine. — Herr v. Stumm und die Branntweinsteuer seien die besten Agitatoren für die Sozialdemokratie. Durch die Branntweinsteuer werde nicht der Consum eingeschränkt, vielmehr der Arbeiter veranlaßt, den Consum anderer Nahrungsmittel zu beschränken. Ein Rückgang des Consums könne den Brennern auch nicht erwünscht sein, denn dann verdienten sie nichts. — Weiterberathung morgen, vorher Interpellation Brömel, betr. amtliches Waarenverzeichniß.

Berlin. Die „Nordd. Allg. Ztg." sagt: Die erfreuliche Bedeutung der Geburt eines sächsischen Prinzen, durch den die Erbfolge des sächsischen Königshauses gesichert ist, wird im ganzen Reiche voll gewürdigt und die Freude des Sachsenvolkes allenthalben in Deutschland getheilt, ebenso wie die Verehrung allgemein ist, welche das deutsche Volk dem um die nationale Entwickelung hochverdienten sächsischen Königshause und vor Allem dem erlauchten König selber darbringt. — Gegenüber dem Artikel des Wiener Tageblattes über einen angeblich französisch-russischen Vertrag bemerkt die „Norddeutsche", es bedürfe wohl nicht erst der besonderen Versicherung, daß der Reichskanzler überhaupt keine Andeutung gemacht habe, als sei ihm etwas über russisch-französische Abmachungen bekannt. — Die Trauerfeier für Werner v. Siemens fand heute Nachmittag in der prächtig dekorirten Philharmonie in Anwesenheit der beiden Kaiserinnen, der Prinzen Heinrich und Albrecht, mehrerer Minister und einer glänzenden Versammlung statt. Der Kaiser mußte einer leichten Erkältung wegen der Feier fernbleiben. Die Festrede hielt Staatsminister Dr. Delbrück. — Die Zahl der bei dem gestrigen Ordensfest verliehenen Orden und Auszeichnungen war größer als je zuvor. Es wurden 1891 Auszeichnungen verliehen gegen 1741 im Jahre 1892, 1708 im Jahre 1891, 1496 im Jahre 1890, 1567 im Jahre 1889 und 1191 im Jahre 1888. — Der „Reichsanzeiger" warnt vor einer Londoner Firma, die für deutsche Ausstellungs-Trinkhallen für die Dauer der dortigen Ausstellung 80 Kellnerinnen, sowie auch Commis anzuwerben vorgiebt. Es handelt sich dabei um Geldschneiderei. — Ein jüdischer Dienstherr, Josef Herrmann, der seinem Dienstmädchen schimpfliche Anträge gemacht hatte, wurde heute zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Berlin. Der Schneefall der letzten Tage hat allgemeine große Verkehrsstockungen hervorgerufen. In Hamburg ist durch kolossale Schneeverwehungen der Eisenbahn- und Dampferverkehr völlig in Stockung gerathen. Auf der Unterelbe fanden viele Schiffsunfälle statt. Der nördliche Eingang zum Kattegat ist durch schweres Eis gesperrt. Selbst Dampfer mußten umkehren. Aus Frankreich werden aus verschiedenen Landestheilen heftige Schneestürme gemeldet. Die Passagiere des gestern Abend aus München hier angekommenen Schnellzuges wurden fast erstarrt in den Coupees gefunden; die Coupeethüren mußten mit Gewalt aufgebrochen werden. In Andalusien ist aller Verkehr gehemmt.

Berlin. In der Militärkommission des Reichstages erklärte der Pole Komierowski, daß seine Partei erst im Laufe der Verhandlung definitiv Stellung zur Vorlage nehmen werde. — Der bayrische Centrumsabgeordnete Frhr. v. Buol legte dar, warum eine starke Abneigung gegen die Vorlage vorhanden sei. Daran sei zuerst die neue Steuerbelastung schuld, sodann aber auch die Haltung der Regierung und der offiziösen Presse. Kriegsminister v. Verdy habe die Forderung der zweijährigen Dienstzeit für ein Verbrechen erklärt, man solle dem Volke Zeit lassen, sich mit der Vorlage zu versöhnen und dieselbe für jetzt zurücknehmen. — Reichskanzler Graf Caprivi erwidert: In Bezug auf die dreijährige Dienstzeit dürfe man nicht vergessen, daß Kaiser Wilhelm an dieser Institution, mit der er gesiegt hatte, mit ganzem Herzen gehangen habe; das Verdy'sche Projekt sei ohne dreijährige Dienstzeit unausführbar und werde die heutige Vorlage nicht angenommen, so sei es möglich, daß man wieder auf jenes Projekt zurückkomme. Durch die geforderte Heeresvermehrung würden wir in den Stand gesetzt, Frankreich gegenüber wieder wie 1870 eine wirksame Offensive zu ergreifen. Der Reichskanzler giebt eine ausführliche Darlegung der wahrscheinlichen Führung eines demnächstigen Krieges speziell gegen Frankreich; er verurtheilt das System der Sperrforts, denn je mehr Festungen im Bau, desto mehr Soldaten brauche man zur Besetzung und desto schwieriger sei eine Offensive. Der Aufschub der Vorlage auf ein Jahr würde die Armee um 60000 Mann schwächen. — Abg. v. Bennigsen giebt zu, daß die Stimmung im Volke gegenüber der Vorlage immer günstiger werde. Die Stellung der französischen Regierung sei arg erschüttert und die Erhaltung ruhiger Zustände zweifelhaft; es sei ein Angriff Frankreichs selbst ohne Rußlands Hilfe denkbar. Eine Verständigung auf dem Boden, daß anstatt der 60000 nur 40000 Rekruten eingestellt sein würden, sei möglich. Angesichts der Unruhen in Frankreich dürfe man es nicht zu einem Conflikt zwischen Regierung und Reichstag kommen lassen. Am Mittwoch wird in der Commission die Generaldebatte zum Abschluß gelangen.

Berlin. Auf eine Anfrage Richter's in der Militärkommission des Reichstages sind Uebersichten zugegangen, wonach die Stärke des dritten Jahrganges bei den Fußtruppen am allgemeinen Entlassungstage 1892 für das gesammte deutsche Heer 57,732 Mann betrug. Es ergiebt sich daraus, wie in der „Freisinnigen" ausgeführt wird, in der Einführung der zweijährigen Dienstzeit innerhalb der gegenwärtigen Friedenspräsenzstärke schon eine Verstärkung der Rekrutenzahl von 28,081 Mann, das ist nahezu die Hälfte der beabsichtigten Verstärkung des Rekrutenkontingents. Eine solche Verstärkung ergiebt für die 12 Jahre der Reserve und der Landwehr ersten Aufgebots nach Abzug von 15 Prozent Abgang eine Verstärkung der Friedensarmee um 282,577 Mann.

* **Berlin.** Das Weißbuch über Samoa ergiebt Uebergriffe seitens des Oberrichters Cedercrantz und des Munizipalrathspräsidenten Senfft v. Pilsach zu Ungunsten der weißen Bevölkerung, wodurch Finanznoth, verlangsamte Rechtspflege und Wirren herbeigeführt worden sind.

Liegnitz. Stadtrath Wecke ist von der freisinnigen Kandidatur zurückgetreten, weil derselbe bei der starken antisemitischen Bewegung die Kandidatur für aussichtslos hält.

Pfund's sterilisirte (keimfreie) Kindermilch. Trockenfütterung. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 11 12